Oktober 2026

Sudan

1. Eskalation der Drohnenangriffe und Schutz von Zivilpersonen

Das UN-Menschenrechtsbüro dokumentierte in den ersten drei Oktoberwochen mindestens 306 Todesopfer und Hunderte Verletzte infolge von Drohnenangriffen im Sudan. Die Angriffe, die je nach Vorfall den sudanesischen Streitkräften, SAF, oder den Rapid Support Forces, RSF, zugeschrieben wurden, trafen unter anderem Wohnhäuser, Märkte, Krankenhäuser, Vertriebenenunterkünfte, Kraftwerke und Wasserquellen in Kordofan, Darfur, Blue Nile, Khartum und weiteren Bundesstaaten.

Zwischen dem 6. und 10. Oktober wurden bei - den SAF zugeschriebenen Drohnenangriffen - auf Unterkünfte für Vertriebene in Ghubeish und El Nuhud in West-Kordofan mindestens 25 Zivilpersonen getötet und 31 verletzt, darunter Frauen und Kinder. Am 09.10.2026 traf eine der RSF zugeschriebene Drohne in Abu Shendi in Blue Nile eine Gruppe Vertriebener, die in der Nähe einer Unterkunft Goldbergbau betrieb. Dabei wurden mindestens 31 Menschen getötet, überwiegend Frauen und Kinder. Weitere solcher Drohnen trafen außerdem am 9. und 16. Oktober ein Goldabbaugebiet in Gadeer in Süd-Kordofan. Dabei wurden insgesamt mindestens 42 Zivilpersonen getötet und 25 verletzt. Das UN-Menschenrechtsbüro betonte, dass der finanzielle Beitrag eines Ortes zur Kriegsökonomie allein nicht ausreiche, um ihn nach dem humanitären Völkerrecht als militärisches Ziel einzustufen.

Am 18.10.2026 wurden in Dibab in West-Kordofan mindestens 139 Menschen getötet und Dutzende weitere verletzt, als ein Transportfahrzeug getroffen wurde. Auch Gesundheitseinrichtungen waren betroffen: ein weiterer mutmaßlich von der RSF verübter Drohnenangriff auf das Um-Darfa-Krankenhaus in Blue Nile verletzte am 11. Oktober zwei Gesundheitskräfte schwer und setzte das Krankenhaus außer Betrieb.

Am 26.10.2026 traf nach Angaben von Ärzte ohne Grenzen ein mutmaßlich durch die SAF ausgeführter Drohnenangriff einen belebten Markt im Westen von Nyala; ein zweiter Angriff traf ein Wohngebiet. In das von der Organisation unterstützte Nyala Teaching Hospital wurden 36 getötete Menschen gebracht, von denen 21 zivile Kleidung trugen. Mehr als 150 Verletzte, darunter Frauen und Kinder, wurden in der Notaufnahme behandelt. Bereits am 16. Oktober hatte ein Drohnenangriff auf den Al-Mawashi-Markt in Nyala mindestens vier Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt.

Quellen:

https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/10/sudan-turk-alarmed-surge-drone-attacks-killing-hundreds-october

https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/sudan-nyala-drohnenangriff-36-tote-150-verletzte

https://www.msf.ch/de/neueste-beitraege/pressemitteilung/sudan-36-tote-und-150-verletzte-bei-einem-drohnenangriff-auf

https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/sudan-nyala-drohnenangriff-36-tote-150-verletzte

2. Tötungen, Folter und willkürliche Haft in El Fasher

Ein Jahr nach der Einnahme von El Fasher durch die RSF dokumentierte Amnesty International andauernde rechtswidrige Tötungen, willkürliche Inhaftierungen, Folter, Zwangsarbeit, engmaschige Überwachung und Einschränkungen humanitärer Hilfe. Für die Untersuchung befragte Amnesty im August und September 2026 insgesamt 25 Zivilpersonen, darunter 19 Bewohner*innen und sechs humanitäre Helfer*innen. Von den 19 befragten Bewohner*innen waren 17 von der RSF inhaftiert worden. Viele berichteten, über Monate festgehalten, geschlagen oder gefoltert und erst gegen Lösegeld freigelassen worden zu sein. Andere konnten aus der Haft entkommen. Angehörige bestimmter ethnischer Gruppen, insbesondere Zaghawa und Masalit, waren den Aussagen zufolge einem erhöhten Risiko von Inhaftierung und Misshandlung ausgesetzt.

Amnesty berichtete zudem, dass Schulen zeitweise als de facto Haftorte für Frauen, Kinder sowie ältere oder verletzte Männer genutzt worden seien. Neun der befragten Personen waren nach eigenen Angaben in Schulen festgehalten worden und hatten dort nur sehr eingeschränkten Zugang zu Nahrung, Wasser und medizinischer Versorgung. Mehrere Frauen erklärten, dass ihre Kinder während der Haft Anzeichen von Mangelernährung gezeigt hätten. Dabei handelt es sich um Aussagen der Befragten und nicht um eine epidemiologische Erhebung. Satellitenbilder deuteten darauf hin, dass einige der als Haftorte genutzten Schulen im September kaum noch belegt waren. Andere Haftorte, darunter die Shala-Haftanstalt und das Mina-al-Bari-Haftzentrum, zeigen weiterhin Aktivität.

Humanitäre Organisationen konnten zwar in begrenztem Umfang wieder in der Stadt arbeiten, ihre Bewegungen und Kontakte mit der Bevölkerung wurden Berichten zufolge jedoch kontrolliert. Nach Schätzungen humanitärer Organisationen hielten sich weniger als 70.000 Menschen in El Fasher auf, verglichen mit mehr als einer Million vor dem Krieg. Diese Bevölkerungszahlen sind angesichts des eingeschränkten Zugangs als Schätzwerte zu verstehen. Amnesty warnte zugleich vor einem weiterhin hohen Risiko von Mangelernährung bei Kindern.

Human Rights Watch verwies zum Jahrestag der Einnahme El Fashers ebenfalls auf Massentötungen, sexualisierte Gewalt und Entführungen zur Erpressung von Lösegeld. HRW gab eine Schätzung des UN-Menschenrechtsbüros wieder, wonach bei der Einnahme El Fashers im Oktober 2025 innerhalb von drei Tagen mehr als 6.000 Menschen getötet worden seien.

Quellen:

https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/10/sudan-el-fasher-civilians-suffer-unlawful-killings-detention-and-torture-one-year-after-citys-capture-by-the-rsf-new-testimony/

https://www.amnesty.ch/de/laender/sudan/sudan-rsf-foltern-inhaftieren-und-toten-weiterhin-zivilist-innen-in-el-fasher

https://amnesty-zentral-ostafrika.de/2026/10/sudan-ein-jahr-nach-der-einnahme-der-stadt-durch-die-rsf-leiden-zivilisten-in-el-fasher-unter-rechtswidrigen-toetungen-inhaftierungen-und-folter/

https://www.hrw.org/news/2026/10/26/sudan-one-year-on-from-the-cataclysm-of-el-fasher

3. Grenzregion Abyei: Drohnenangriffe auf Markt und Umgebung

Redaktioneller Hinweis: Der Beitrag zu Abyei wird in diesem Newsletter aus redaktionellen und thematischen Gründen im Abschnitt zum Sudan aufgeführt. Diese Zuordnung ist nicht als Aussage über die staatliche Zugehörigkeit der Region zu verstehen. Abyei ist eine zwischen Sudan und Südsudan umstrittene Grenzregion, deren endgültiger Status weiterhin ungeklärt ist.

Am 19.10.2026 trafen Drohnenangriffe den Amiet Market und das benachbarte Gebiet Todach in der zwischen Sudan und Südsudan umstrittenen Region Abyei. Der UN-Generalsekretär sprach zunächst von Dutzenden getöteten Zivilpersonen, darunter Frauen und Kinder, sowie zahlreichen Verletzten. Viele Menschen wurden zu diesem Zeitpunkt noch vermisst.

Nach einer späteren, von Sudan Tribune wiedergegebenen UN-Angabe wurden mindestens 80 Tote und 27 Verletzte bestätigt. Lokale südsudanesische Behörden nannten dagegen mindestens 153 Todesopfer. Die höhere Zahl sollte daher als Angabe lokaler Behörden und nicht als unabhängig bestätigte UN-Zahl betrachtet werden. Nach südsudanesischen Angaben wurden zudem rund 8.000 Menschen durch den Angriff vertrieben.

Die südsudanesische Regierung machte die sudanesischen Streitkräfte für die Angriffe verantwortlich und bestellte den sudanesischen Botschafter ein. Ein anonym zitierter sudanesischer Militärvertreter erklärte gegenüber AP, Ziel seien Treibstofftransporte gewesen, die angeblich für die RSF bestimmt waren. Sudanesische Stellen bestritten später eine militärische Beteiligung.

Der UN-Generalsekretär forderte Sudan und Südsudan auf, weitere Angriffe zu verhindern, den entmilitarisierten Status der Region zu achten und den politischen Dialog aufrechtzuerhalten.

Quellen:

https://unisfa.unmissions.org/en/news/un-secretary-generals-statement-on-the-drone-attacks-in-abyei

https://sudantribune.com/article/320316

https://www.aljazeera.com/news/2026/10/21/drone-attack-in-disputed-sudan-south-sudan-border-region-kills-at-least-153

https://www.reuters.com/world/africa/drone-strike-disputed-sudan-south-sudan-area-kills-dozens-minister-says-2026-10-20/

https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-10/drohnenangriff-abyei-sudan-suedsudan-armee-gxe

https://www.radiotamazuj.org/en/news/article/khartoum-denies-role-in-abyei-killings-as-rsf-allies-seek-probe

https://peacekeeping.un.org/en/news/un-secretary-general-deplores-recent-deadly-attack-in-abyei

4. Verlängerung der UN-Fact-Finding Mission für den Sudan

Der UN-Menschenrechtsrat verabschiedete am 05.10.2026 die Resolution 63/2 zur Menschenrechts- und humanitären Krise im Sudan. Die Resolution wurde mit 28

Stimmen dafür, zehn Gegenstimmen und neun Enthaltungen angenommen. Mit ihr wurde das Mandat der unabhängigen internationalen Fact-Finding Mission für den Sudan um ein weiteres Jahr verlängert. Zivilgesellschaftliche Organisationen hatten zuvor teilweise eine Verlängerung um zwei Jahre sowie zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen gefordert.

Die Resolution verurteilt Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sowie Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe durch alle Konfliktparteien, darunter SAF und RSF. Sie greift zudem die Erkenntnisse der Fact-Finding Mission zu den Gräueltaten bei der Einnahme El Fashers auf. Die Mission hatte dort Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Handlungen dokumentiert, die Merkmale eines Genozids aufweisen könnten. Die Resolution fordert den Schutz der Zivilbevölkerung und Rechenschaft für die Verantwortlichen.

Der zugrunde liegende Bericht der Fact-Finding Mission stellte hinreichende Gründe für die Annahme fest, dass ein transnationales Netzwerk die RSF mit Waffen, Logistik, Ausbildung und ausländischem Personal unterstützte. Dazu gehörten kolumbianische Militärdienstleister, die an modernen Waffen- und Drohnensystemen beteiligt gewesen sein sollen. Die Erkenntnisse zur externen Unterstützung der SAF waren nach Angaben der Mission dagegen noch vorläufig.

Die Fact-Finding Mission forderte Staaten auf, das Waffenembargo für Darfur konsequent durchzusetzen und Lieferungen von Waffen, Drohnen, Komponenten und militärischer Unterstützung auszusetzen, wenn ein erhebliches Risiko besteht, dass diese für schwere Rechtsverletzungen eingesetzt werden. Zudem empfahl sie dem UN-Sicherheitsrat, das Waffenembargo auf den gesamten Sudan auszuweiten.

DefendDefenders begrüßte die Verlängerung als weiteren Schritt hin zu Rechenschaftspflicht. Human Rights Watch hob hervor, dass die Resolution 2026 breitere Unterstützung erhielt als in den Vorjahren. Erstmals stimmten auch Gambia, Mauritius und Malawi gemeinsam mit Südafrika und Staaten aus anderen Regionen dafür. HRW kritisierte jedoch, dass die Kapazitäten der Mission zur Sammlung und Aufbereitung von Beweismaterial für mögliche spätere Strafverfahren nicht ausreichend gestärkt wurden.

Quellen:

https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/regular-sessions/session63/res-dec-stat

https://www.globalr2p.org/wp-content/uploads/2026/10/HRC-63-2-Sudan.pdf

https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session63/a-hrc-63-23-aev.pdf

https://defenddefenders.org/un-rights-council-takes-another-step-towards-accountability-sudan/

https://www.hrw.org/news/2026/10/07/countries-demonstrate-record-support-for-un-sudan-probe-renewal

5. Menschenrechtsverteidiger*innen und zivilgesellschaftlicher Raum

Der halbjährliche Bericht von DefendDefenders untersucht die Lage von Menschenrechtsverteidiger*innen und des zivilgesellschaftlichen Raums in Ostafrika und am Horn von Afrika im Zeitraum Mai bis Oktober 2026.

Für den Sudan ordnet der Bericht die Gefährdung von Menschenrechtsverteidiger*innen in den größeren Kontext des bewaffneten Konflikts, der Angriffe auf Zivilpersonen und der zunehmenden Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums ein. DefendDefenders und die Sudan Human Rights Defenders Coalition hatten bereits im September vor Angriffen auf Krankenhäuser, Schulen und Märkte sowie vor besonderen Risiken für Aktivist*innen, Journalist*innen, Rechtsanwält*innen und humanitäre Akteur*innen gewarnt. Sie forderten einen verbesserten Schutz von Zivilpersonen und Menschenrechtsverteidiger*innen, eine Ausweitung des Waffenembargos und eine ausreichend ausgestattete Fact-Finding Mission.

Quellen:

https://defenddefenders.org/bi-annual-report-may-october-2026/

https://sudandefenders.org/6888-2/

Südsudan

1. Politischer Übergang und weitere Machtkonzentration

Die UN-Menschenrechtskommission für Südsudan warnte am 27.10.2026 vor einer systematischen Demontage der politischen Ordnung, die mit dem Friedensabkommen von 2018 geschaffen worden war. Im Juli hatte die Regierung die Anforderungen einer dauerhaften Verfassung und einer Volkszählung vor den Wahlen einseitig aufgehoben. Im September folgten weitere Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen sowie die Auflösung der Übergangsregierung, des nationalen Parlaments und der Parlamente der Bundesstaaten. Die Vizepräsident*innen (5) wurden aus ihren Ämtern entfernt und eine dem Präsidenten verantwortliche Übergangsverwaltung eingesetzt.

Die Vorsitzende der Kommission, Yasmin Sooka, bezeichnete diese Entwicklung als einen „Verfassungsputsch durch gesetzgeberische Reformen“. Diese Formulierung ist die politische und rechtliche Bewertung der Kommission und keine gerichtliche Feststellung. Nach Einschätzung der Kommission werde die im Friedensabkommen vorgesehene inklusive Machtteilungsordnung einseitig abgebaut und die staatliche Autorität beim Präsidenten konzentriert. Das Friedensabkommen bestehe formal fort, während die Institutionen, durch die es umgesetzt werden sollte, weitgehend aufgelöst worden seien.

Riek Machar blieb in Haft und stand vor Gericht, während seine Partei und weitere Oppositionsakteur*innen nach Einschätzung der Kommission vom Wahlprozess ausgeschlossen waren. Zugleich bereitete Präsident Salva Kiir Mayardit eine Wahl vor, bei der er als Kandidat der Regierungspartei erwartet wurde. Die Kommission warnte, dass Wahlen unter diesen Bedingungen die Vorherrschaft der Regierungspartei festigen und dem Abbau der im Friedensabkommen vorgesehenen Machtteilung den Anschein demokratischer Legitimität verleihen könnten.

Die Kommission forderte die internationale Gemeinschaft auf, nicht allein auf den vorgesehenen Wahltermin am 22. Dezember zu blicken. Unabhängig davon, ob die Wahlen stattfänden, benötige das Land eine inklusive politische Vereinbarung, wirksamen Schutz für Zivilpersonen und Institutionen, die erneute Gewalt

verhindern könnten. Diplomatische Unterstützung solle an überprüfbare Verpflichtungen geknüpft werden.

Quellen:

https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2026/10/statement-yasmin-sooka-chair-commission-human-rights-south-sudan-un

https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/10/south-sudan-un-commission-calls-general-assembly-take-urgent-collective

https://www.ohchr.org/en/stories/2026/10/seeking-peace-and-justice-south-sudans-road-its-first-elections

2. Humanitäre Krise, Dürre und Gesundheitsvorsorge

Nach Angaben von OCHA waren Mitte Oktober nahezu vier Millionen Menschen von dürreähnlichen Bedingungen betroffen. Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation benötigten rund 1,2 Millionen Menschen psychische Gesundheitsversorgung und psychosoziale Unterstützung.

Ende Oktober waren mehr als 5.100 Geflüchtete und Rückkehrer*innen aus der Demokratischen Republik Kongo dringend auf humanitäre Unterstützung angewiesen. Unsicherheit und Vertreibung verschärften zugleich die Bedarfe in Jonglei und Upper Nile. Bürokratische Einschränkungen und die Sicherheitslage behinderten weiterhin die Arbeit humanitärer Organisationen.

Eine landesweite Simulationsübung zur Ebola-Vorsorge zeigte nach Angaben von OCHA weiterhin Lücken bei der Einsatzbereitschaft. Die Rückkehrbewegungen aus der Demokratischen Republik Kongo erhöhten den Bedarf an Gesundheitskontrollen, funktionierenden Überweisungswegen, Isolationsmöglichkeiten und grundlegender Versorgung an Grenzübergängen und in Aufnahmegemeinden.

Quellen:

https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-15-october-2026

https://www.unocha.org/publications/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-30-october-2026

3. Gewalt, Vertreibung und zivile Notlagen in Greater Tonj

Erneute interkommunale Gewalt vertrieb im Oktober zahlreiche Familien in Greater Tonj. Eine Patrouille von UNMISS besuchte betroffene Gemeinden in Akop im Tonj North County, um die Sicherheitslage einzuschätzen, mit den betroffenen Menschen zu sprechen und die dringendsten Bedarfe zu erfassen. Bewohner*innen berichteten von zerstörten Häusern und anhaltender Furcht vor weiterer Gewalt.

Nach Angaben der staatlichen Relief and Rehabilitation Commission wurden in Tonj North County mehr als 12.000 Haushalte vertrieben (nach staatlichen Angaben), unter anderem in Akop, Marial-Lou, Alabek und Rual-Bet. Viele Familien suchten Schutz in Schulen oder im Freien. Zu den dringendsten Problemen gehörten fehlendes Trinkwasser, Nahrungsmittel, Unterkünfte, Gesundheitsversorgung und

Medikamente. UNMISS berichtete, dass Frauen und Kinder teilweise in der Erde nach Wasser gruben, ohne eine nutzbare Quelle zu finden.

Quellen:

https://unmiss.unmissions.org/en

https://www.africannewspage.net/2026/10/ongoing-united-nations-mission-in-south-sudan-unmiss-patrol-works-to-protect-civilians-reduce-tensions-amid-conflict-in-greater-tonj/

4. Rechenschaftspflicht für die Tötung eines UNMISS-Mitarbeiters

Ein Militärgericht in Wau verurteilte einen Soldaten der South Sudan People's Defence Forces wegen der Entführung und Tötung eines nationalen zivilen Mitarbeiters von UNMISS. Die Tat hatte sich am 15.12.2025 ereignet, als der Mitarbeiter in Hai Masna im Bundesstaat Western Bahr el Ghazal dienstlich im Einsatz war. Das Gericht verhängte eine Haftstrafe von zehn Jahren, ordnete die Herabstufung und Entlassung des Verurteilten aus den Streitkräften an und sprach der Familie des Opfers eine Entschädigung von 51 Rindern zu. Gegen das Urteil kann Berufung eingelegt werden.

Das Militärgericht behandelte insgesamt **zehn Fälle** und verkündete in acht Fällen Urteile. Vier Angehörige der Streitkräfte wurden verurteilt und vier freigesprochen. Weitere Fälle befanden sich noch in Untersuchung oder Vorbereitung zur Verhandlung. UNMISS bezeichnete das Urteil als wichtigen Schritt zur Rechenschaft für Verbrechen gegen UN-Personal.

Seit der Gründung von UNMISS am 09.07.2011 wurden nach Angaben der Mission 19 Friedenssoldat*innen durch vorsätzliche Gewalttaten getötet und 32 verletzt.

Quellen:

https://unmiss.unmissions.org/sites/default/files/2026-10/press_release_-_wau_court_martial_issues_judgements_in_case_of_murder_of_unmiss_staff_member_and_other_crimes.pdf

https://unmiss.unmissions.org/sites/default/files/2026-10/press_release_-_wau_court_martial_issues_judgements_in_case_of_murder_of_unmiss_staff_member_and_other_crimes.pdf

5. Deutsche Beteiligung an UNMISS verlängert

Der Deutsche Bundestag stimmte am 15.10.2026 der Verlängerung der deutschen Beteiligung an UNMISS um ein weiteres Jahr zu. In der namentlichen Abstimmung stimmten 496 Abgeordnete dafür, 73 dagegen und vier enthielten sich**.** Bis zu 50 Soldat*innen können weiterhin Führungs-, Verbindungs-, Beratungs-, Beobachtungs- und Unterstützungsaufgaben übernehmen und bei der technischen Ausrüstung und Ausbildung truppenstellender Staaten mitwirken.

Quellen:

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw42-de-bundeswehr-unmiss-1223592

https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-1221994

https://www.bmvg.de/de/aktuelles/bundeswehr-mission-unmiss-suedsudan-6164544

https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/unmiss-mandat-verlaengerung-2165312

https://www.abgeordnetenwatch.de/bundestag/21/abstimmungen/verlaengerung-des-bundeswehreinsatzes-im-suedsudan-unmiss-0